

Bessere Gedanken

Die sozialistische Regierung versteht es, mit Francos Armee auszukommen, sie dennoch zu bändigen und endlich zu reformieren.

Der Sturz der jungen Demokratie schien sorgfältig geplant zu sein. Auf 600 Seiten hatte Putschoberst Jesús Crespó Cuspinera festgehalten, wie die spanische Hauptstadt militärisch zu besetzen sei: Panzer ins Stadtzentrum, Fallschirmjäger vor den Regierungssitz Moncloa, schweres Artillerie-Feuer gegen den Königspalast Zarzuela.

Allein in Madrid sollten über 100 Offiziere an dem Putsch mitwirken und klei-

„In den Kasernen wird schon für den nächsten Schlag konspiriert“, wußte die Madrider Tageszeitung „Diario 16“ zu berichten: Nach drei Putschversuchen gegen die vorhergegangenen Regierungen der demokratischen Rechten werde nun der große Schlag gegen die sozialistische Regierung geplant.

Nichts davon ist bislang, nach 16 Monaten sozialistischer Regierung, eingetroffen, und nichts deutet auf einen neuen Eingriff der spanischen Militärs in die Politik hin. Denn nicht den vorausgegangenen Rechtsregierungen, sondern ausgerechnet den Sozialisten ist es in kurzer Zeit gelungen, die demokratiefeindlichen Streitkräfte Spaniens weitgehend zu zähmen.

Ohne die gewohnte Unruhe in der Armee, ohne die bekannten Drohgebärden in den Generalstäben, beginnt die-

der Franquisten – Putschobrist Tejero hatte nur 33 000 Stimmen in ganz Spanien erhalten – und dem überwältigenden Sieg der Sozialisten wohl zu der schmerzlichen Einsicht gelangt, daß das Rad der Geschichte nicht mehr zurückzudrehen ist.

Ausgerechnet ein Mann erwarb sich als ziviler Verteidigungsminister weitgehend Vertrauen und Achtung innerhalb der Streitmacht, auf den so gut wie alle Vorurteile der Franquisten zuträfen: Der Genosse ist vollbärtig, trägt langes Haupthaar, hatte nie gedient und ist zudem noch ein Katalane mit dem unspanischen Namen Narcís Serra. Als er bei seiner Amtsübernahme zum ersten Mal die vor ihm angetretene Truppe abschritt, lästerten viele Offiziere über seine „unmilitärische Haltung mit leicht tänzelndem Schritt“.

Später aber, beim Umtrunk im Kasino, kam die erste Überraschung: Als die Offiziere ihre alten Kampflieder anstimmten, schmettete der sozialistische Minister lauthals Stimme mit. Vorsorglich hatte er die Hymnen zu Hause am Flügel einstudiert und kannte die Texte besser als die alten Krieger.

Mit Fleiß, kühler Intelligenz und geschickter Taktik verschaffte sich der Minister, zuvor beliebter Bürgermeister von Barcelona, bald Respekt in den Kasernen – selbst bei den Konservativen.

Ministerpräsident Felipe González ging sogar noch weiter und holte sich als technische Berater drei Offiziere in sein Amt, die von den eigenen Kameraden „etwas mehr als konservativ“ genannt werden. Enttäuscht verließen einige der demokratisch gesinnten Militärs, die sich unter den Sozialisten jetzt eine gute Karriere erhofft hatten, die Armee.

Unbeirrt und in aller Stille arbeitete Minister Serra derweil ein Reformprogramm aus, an das sich die vorausgegangenen rechten Regierungen aus Furcht vor der Reaktion der Militärs nicht gewagt hatten: Francos Truppe, die den Feind immer nur im eigenen Volk sah und die der Diktator aus gutem Grund schlecht ausgebildet und bewaffnet hatte, soll von Grund auf modernisiert und in eine zahlenmäßig kleine, dafür aber kampfkraftigere Armee mit Nato-Qualität umgewandelt werden.

Mit einem Schlag wurde die gesamte militärische Führungsspitze ausgewechselt, per Gesetzesdekret außerdem die bislang nur vom König kommandierten Streitkräfte der zivilen Gewalt unterstellt – für die meisten europäischen Länder eine Selbstverständlichkeit, für Spanien aber eine kleine Revolution.

„Caudillo González“, notierte verbissen das Sprachrohr der Ultras, „El Alcázar“, die Neuigkeit, daß nun erstmals der Ministerpräsident die Befehlsgewalt über die Streitmacht innehat – in trauriger Erinnerung an ihren „Caudillo von Gottes Gnaden“, Francisco Franco.

In der zweiten Phase sollen knapp die Hälfte aller Generäle, Altersdurch-



Verteidigungsminister Serra, König Juan Carlos (2. u. 3. v. l.): „Tänzelnder Schritt“

ne bewegliche Kommandos befehligen. Zivile Greiftruppen der rechtsradikalen Falange sollten dann die Schmutzarbeit unter den linken Zivilisten erledigen.

Doch die „Operación Marte“ und „Operación Halcón“, wie Spaniens militärische Ultras ihre Putschpläne für den Herbst 1982 getauft hatten, flogen auf. Die Chefplaner wurden verhaftet.

Knapp einen Monat später trat dann ein, was die Obristen mit Gewalt hatten verhindern wollen: Bei den Parlamentswahlen gewann mit überwältigender Mehrheit die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE). Ihr Chef, Felipe González, wurde erster sozialistischer Ministerpräsident Spaniens nach fast 40jähriger Franco-Diktatur.

Die Angst vor einem neuen Militärcoup aber verließ die Spanier nicht. Denn nur vier der angeblich über 100 in den Putschversuch verwickelten Offiziere konnten damals verhaftet werden.

sen Dienstag der Kriegsgerichtsprozeß gegen die vier Putschobristen; Aktennummer 200/1982, geforderte Strafe: 15 beziehungsweise 12 Jahre Haft.

Anders als beim Prozeß gegen die gescheiterten Putschisten, die eineinhalb Jahre zuvor, am 23. Februar 1981, schon die gesamte Regierung und das Parlament gefangenengenommen hatten und in Valencia die Panzer rollen ließen, können die Angeklagten bei diesem Kriegsgerichtsprozeß in der Madrider Militärkommandantur auf keine Freundschaftsbeweise ähnlich denkender Offizierskollegen rechnen.

Denn die regierenden Sozis haben sich mit viel Geduld und feinem Gespür für soldatische Eigenheiten den Militärs angenähert.

Die waren, nach drei gescheiterten Putschen, der erneuten Wahlniederlage

* Bei Militärmanövern in Nordspanien.

schnitt 64 Jahre, und ein Drittel aller ebenfalls überalterten Obersten entlassen oder vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden. Insgesamt 6112 Offiziere sind von dem Plan in den nächsten sechs Jahren betroffen.

Zwar hat Minister Serra versprochen, daß nach rein professionellen und nicht nach ideologischen Gesichtspunkten geselektiert werde. Doch viele Ultras fürchten, daß dann ihre Stunde geschlagen habe.

Ziel der Schrumpfung ist es, das auf über 40 000 Mann aufgeblähte Offiziers- und Generalscorps auf ein operationsfähiges Maß zu reduzieren: Spanien hat fast 5500 Generäle.

Unter Diktator Franco stiegen Offiziere nicht etwa aufgrund von Intelligenz oder Leistung zum General auf, sondern automatisch, wenn sie nur lange genug gedient hatten. Keiner der 19 Generalobersten und 41 Divisionsgeneräle beispielsweise hat ein Sprachdiplom. Auch nur wenige der Obersten sprechen Englisch, Französisch oder gar Deutsch, drei allerdings Russisch.

Erstmals müssen diejenigen, die bisher automatisch zum Oberst aufgerückt wären, neben fachlichen Kenntnissen auch physische Kondition mitbringen – für viele der dickbäuchigen Offiziere eine schwierige Hürde.

Die Nation muß sich die Reform einiges kosten lassen. Der Verteidigungsetat hat in diesem Jahr die Rekordsumme von 550 Milliarden Peseten (rund 9,6 Milliarden Mark) erreicht. Erstmals, und unter sozialistischer Regierung, gibt Spanien jetzt mehr für Kanonen als für Schulbücher aus.

Ein Regierungsmitglied: „Wehe uns, wenn das nicht hilft, die Obristen auf bessere Gedanken zu bringen.“

ISRAEL

Äußerst unklug

Soll Amerikas Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt werden?

New Yorks demokratischer Senator Daniel Moynihan war enttäuscht von seinen Freunden. Die Israelis, so der US-Politiker, verhielten sich „lauwarm“ und reagierten „mit zitternden Knien“.

Dabei glaubt der Senator, Großes für Israel bewirkt zu haben. Denn hauptsächlich durch ihn ist ein altes Anliegen des Judenstaates nicht nur wieder zu einem der brisantesten Themen des Vorwahlkampfes in den USA geworden: die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem.

So, als habe es die jüngsten Fehlschläge der amerikanischen Nahost-Politik, etwa das Libanon-Fiasko, nicht gegeben, so, als existiere für Washington kein dringlicheres Anliegen, als die Araber durch eine israelfreundliche Geste vor den Kopf zu stoßen, hatten Moynihan



Von Israel beherrschtes Jerusalem: „Unsere ewige Hauptstadt“

und sein republikanischer Senatskollege Arlen Specter schon zu Beginn des Jahres einen Antrag im Senat eingebracht mit dem Ziel, die Botschaftsverlegung per Gesetz zu erzwingen.

39 Senatoren stehen inzwischen hinter dem Antrag. Dem Repräsentantenhaus liegt eine ähnliche Initiative vor, die von über 200 Abgeordneten unterstützt wird.

Begeistert, vor allem New Yorks jüdisches Wählerpotential fest im Blick, überboten sich Gary Hart und Walter Mondale, Spitzenbewerber um die demokratische Präsidentschaftskandidatur, in israelfreundlichen Ankündigungen und Versprechungen – mit zweifelhaftem Erfolg.

Auch führenden amerikanischen Juden erschienen nämlich die proisraelischen Beteuerungen der Vorwahlkämpfer inzwischen allzu dick aufgetragen.

Zurückhaltung sogar in Jerusalem. Zwar würde Israels Regierung einen etwaigen Umzug der US-Vertretung von Tel Aviv nach Jerusalem begrüßen und auch eine Erklärung der USA hinnehmen, daß der Status der Stadt offen und Gegenstand künftiger Verhandlungen sei. Zwar betonte Premier Schamir: „Wir werden niemals auf die Forderung verzichten, daß die USA und alle befreundeten Länder ihre Vertretungen in unserer ewigen Hauptstadt Jerusalem etablieren müssen.“

Doch zugleich scheuen die Israelis einen offenen Konflikt mit der großen Schutzmacht, schon aus Furcht vor Konsequenzen für Amerikas vielfältige Hilfe, ohne die der Staat Israel nicht überleben könnte. Die „Jerusalem Post“ mahnte: „Einen solchen Kampf könnten wir nicht gewinnen.“

Denn schon kündigte Präsident Reagan sein Veto gegen eine Botschaftsverlegung nach Jerusalem an, da damit zu

rechnen ist, daß sich die islamische Welt von Marokko bis Indonesien gegen einen solchen Schritt empören würde. Weltweit würden dann wieder US-Bürger und US-Eigentum Ziel von Anschlägen radikaler Moslems. „Eine äußerst unkluge Sache“, so Reagan über eine Botschaftsverlegung.

Daß Jerusalem eine Wunde im islamischen Bewußtsein blieb, ist das Ergebnis einer an Maximalforderungen orientierten israelischen Politik: Die Uno hatte Jerusalem bei Gründung des Staates Israel als „corpus separatum“ klassifiziert. Zehn Jahre sollte dieser Status unter Uno-Verwaltung aufrechterhalten bleiben, bis ein Referendum den endgültigen Status der Stadt bestimmen würde.

Doch so weit kam es nie. Als 1949 die Kämpfe zwischen Israel und Jordanien eingestellt wurden, kontrollierten die Truppen des jüdischen Staates den Westen, die Soldaten des Haschemitenkönigs den Osten der Stadt.

1950 bestimmte Israels Staatsgründer David Ben Gurion Jerusalem als Hauptstadt des neuen Staates – bis Mitte der 60er Jahre hatten sich über 20 ausländische Botschaften in ihr etabliert.

Der Sechstagekrieg von 1967 und die Besetzung des arabischen Ostteils von Jerusalem brachten dann eine Wende: Als Verteidigungsminister Dajan vor der Klagemauer proklamierte: „Wir sind zu unseren Heiligtümern zurückgekehrt, um sie nie wieder zu verlassen“, und als Israel anschließend den Osten Jerusalems annektierte, gab es weltweiten Unmut.

Nur 13 Botschaften blieben in der Stadt. Als die Begin-Regierung im August 1980 die Wiedervereinigung Jerusalems unter israelischer Oberhoheit bestätigte, zogen auch sie ab. Manche gingen